



TROPENWALDSYMPOSIUM: ZUSAMMENFASSUNG DES VORSITZENDEN

Am 8. September 2021 kam eine Gruppe hochrangiger internationaler Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in Berlin zusammen. Virtuell kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft hinzu, um gemeinsam über die dringende Notwendigkeit zu sprechen, die Entwaldung aufzuhalten und die Tropenwälder zu erhalten sowie im Vorfeld der Vertragsstaatenkonferenzen in Glasgow (Klima) und Kunming (Biodiversität) für diese entscheidende Ressource ambitioniertere Unterstützung und größere politische Aufmerksamkeit zu mobilisieren.

Die Tropenwälder sind nach wie vor bedroht. Trotz erhöhter internationaler Aufmerksamkeit in den letzten Jahren (z.B. *New York Declaration on Forests* von 2014) schreitet die Zerstörung des Tropenwalds weiterhin in einem besorgniserregend hohen Tempo voran. Der zu Beginn des Symposiums vorgestellte aktuelle Trend bei den Waldverlusten ist erschreckend: Der Verlust von Primärwald beschleunigt sich weltweit. Im Amazonasgebiet wurde beim Tropenwald ein Kippunkt erreicht: Die Wälder geben nun mehr CO₂ ab, als sie aufnehmen. Aufgrund dieser alarmierenden Zahlen sprachen sich die Vertreter und Vertreterinnen dreier Bundesministerien, deren Arbeit Bezug zum Erhalt der Tropenwälder hat, für ein verstärktes und insbesondere zügigeres Handeln aus und riefen die Staatengemeinschaft zu einer deutlichen Erhöhung ihrer politischen und finanziellen Anstrengungen sowie die walddreichen Länder zur Beschleunigung der Reformen hin zu einem wirksameren Schutz auf, um auf das gemeinsame Ziel der Beendigung des Verlusts von (Primär-)Wald hinzuwirken. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass der Anteil der internationalen Klimafinanzierung, der aktuell in den Erhalt der Tropenwälder fließt, nämlich drei Prozent, dem enormen Beitrag dieser Wälder zu Klima und Biodiversität und somit zum Überleben der Menschheit nicht gerecht wird.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Symposiums waren sich einig, dass die Weltgemeinschaft einen „Fair Deal“ zwischen den Tropenwaldländern und den übrigen Staaten sicherstellen muss, mit klar definierten Erwartungen, Rechten und Pflichten für alle Einzelpersonen, Akteure und Gruppen, die direkt oder indirekt Einfluss auf den Zustand von Wäldern nehmen. Sonst wird es uns nicht gelingen, die Erderwärmung auf 1,5° C zu begrenzen.

Unter den hochrangigen Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern aus den wichtigsten Akteursgruppen herrschte Einigkeit, dass eine weitsichtigere Forstpolitik und eine bessere Steuerung auf allen Ebenen und in sämtlichen walddrelevanten Sektoren erforderlich sind. Angemessene Gesetze, Vorgaben und Standards über traditionelle thematische Abgrenzungen hinweg sind wichtig, um der Schädigung und Umwandlung von Wäldern Einhalt zu gebieten und die Märkte im Sinne von entwaldungsfreien Lieferketten zu regulieren. In diesem Prozess muss durchgängig die faire Einbeziehung und Beteiligung aller Betroffenen sichergestellt sein. Zudem wird eine ausreichende Finanzierung für den Waldschutz aus allen verfügbaren Quellen benötigt – national wie ausländisch, öffentlich wie privat (entwaldungsfreie Finanzierung) –, um wirtschaftliche Anreize für den Waldschutz zu setzen, insbesondere für die Bevölkerungsgruppen vor Ort. Waldreiche Länder mit historisch niedrigen Entwaldungsraten wiesen darauf hin, dass ihr Beitrag zum Weltklima von der Staatengemeinschaft entsprechend finanziell honoriert werden sollte. Tropenländer, die ihrer Verantwortung zur Erhaltung ihrer Wälder zum Wohle der in und nahe ihnen lebenden Menschen und



zum Wohle der Weltgemeinschaft nachkommen, müssen eine angemessene Entschädigung und eine starke, gut koordinierte und harmonisierte Unterstützung seitens der Staatengemeinschaft erhalten.

Um ihren Verantwortlichkeiten nachzukommen, müssen die walddreichen Länder ehrgeizige Reformpläne erarbeiten und diese konsequent verfolgen und wirksam durchsetzen. Hierzu bedarf es einer gerechten Gesetzgebung unter Einschluss von sicheren Landrechten und einem deutlichen Schwerpunkt auf Leistungen für die indigene Bevölkerung und die Gemeinschaften vor Ort, leistungsfähiger Institutionen, und einer Umsetzung im Einklang mit Menschenrechts- und rechtsstaatlichen Normen. Wirtschaftliche Anreize für den Waldschutz und andere Maßnahmen müssen den örtlichen und indigenen Gemeinschaften zugutekommen.

Ein wichtiger Schritt nach vorne war die gemeinsame Verabschiedung einer Erklärung der zentralafrikanischen Mitgliedsstaaten der COMIFAC mit breiter Unterstützung verschiedener Akteursgruppen der Kongobecken-Waldpartnerschaft am Rande des Symposiums. In der Erklärung wird eine gemeinsame Vision für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wälder im Kongobecken formuliert. Die Unterzeichner haben ihre gemeinsame Vision und ihre Reformbestrebungen bei dem Symposium vorgestellt und größere politische und öffentliche Aufmerksamkeit sowie internationale Unterstützung für die Wälder des Kongobeckens gefordert, wobei sie klar umrissene „To-dos“ für sich selbst und für die Geber zur Verwirklichung eines „Fair Deal“ benannt haben.

Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Symposiums herrschte breite Einigkeit, dass die Verbraucherländer den Import von Entwaldung stoppen müssen. Hierzu geeignete Instrumente sind unter anderem Sorgfaltspflichtengesetze und entsprechende Handelspolitiken. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums begrüßten daher nachdrücklich die Entscheidung der Europäischen Kommission, Ende 2021 einen Gesetzgebungsvorschlag zu entwaldungsfreien Lieferketten vorzulegen. Sie forderten zudem Bemühungen zur Einbeziehung weiterer Märkte, insbesondere des chinesischen und des US-amerikanischen, um die gesetzlichen Vorgaben anzugleichen, sowie Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Erzeugerländern zur Schaffung entwaldungsfreier Lieferketten ohne Einbußen für die Volkswirtschaften und die Kleinerzeuger dieser Länder, unter Berücksichtigung der mittel- und langfristigen Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Wäldern und den Leistungen ihrer Ökosysteme.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Symposiums kündigten an, den Ruf nach einem „Fair Deal“ auch nach Glasgow und Kunming zu tragen und zu untersuchen, weshalb die bisherigen Unterstützungsleistungen für das Kongobecken drei- bis fünfmal niedriger sind als jene für andere tropische Gebiete. Künftig sollte ein angemessener Anteil der Klimafinanzierung für Wälder und Biodiversität vorgesehen werden, da diese bei der Regulierung des Weltklimas eine wichtige Rolle spielen. Großbritannien wird der Wald- und Landnutzung auf der Tagesordnung der COP 26 einen hohen Stellenwert einräumen. Hier wird erwartet, dass der „World Leaders Summit“ am 2. November gemeinsame Zusagen ankündigt, darunter auch eine Mittelzusage speziell für den Erhalt der Kongowälder.

In diesem Sinne wird Deutschland seine Anstrengungen noch weiter ausbauen. Zu den neuen Beiträgen zählen unter anderem 125 Millionen Euro für die Zentralafrikanische Waldinitiative (CAFI) sowie 15 Millionen Euro für einen neu aufgesetzten Multi-Geber-Fonds im Rahmen der *Amazon Initiative*, der von der Interamerikanischen Entwicklungsbank umgesetzt wird.

Zudem wird Deutschland seine Anstrengungen auf politischer Ebene verstärken und Großbritannien bei der Erarbeitung einer ambitionierten Erklärung unterstützen.